

Unverständliche Aufregung

Die Aufregung, die in den Medien und so genannten „sozialen“ Netzwerken nach der Rede des Regierenden Bürgermeisters zur Flüchtlingssituation herrscht, kann ich nicht nachvollziehen. Bemerkenswert ist, wie erwischt sich vor allem die CDU fühlt. Mit Schaum vor dem Mund wirft der CDU-Nachwuchs, die Junge Union, Müller Charakterlosigkeit vor und Stefan Evers verewigt sich bei Facebook mit der Bemerkung, Müllers Rede sei eine „armselige Vorstellung“ gewesen. Den Vogel schießt aber mal wieder der Generalsekretär der CDU ab. Kai Wegner äußert sich zu jedem Thema, während sein Landesvorsitzender schweigt und es vorzieht, an der Sportministerkonferenz teilzunehmen, anstatt im Parlament der Regierungserklärung zuzuhören.

„Eine Flucht aus der Verantwortung lassen wir Müller nicht durchgehen. Statt viele weitere Turnhallen zu besetzen, sollte die SPD lieber sagen, wie die Zahl der neu zu uns kommenden Flüchtlinge reduziert werden kann“, schreibt Wegner. Wegner hat nichts mitbekommen. Wie dumm ist die Aufforderung an die SPD sagen zu sollen, wie die Zahl der Flüchtlinge reduziert werden kann? Soweit ich mich erinnere, sitzt Wegner im Bundestag. Diese Frage sollte er seiner Kanzlerin stellen und nicht Müller. Weder die Berliner SPD noch der Senat haben Einfluss darauf, wie viele Flüchtlinge nach Berlin kommen. Wegner, der Müller Flucht aus der Verantwortung vorwirft, übernimmt selbst natürlich keine. Geradezu ekelhaft ist es, dass der Generalsekretär der CDU das Flüchtlingsthema nutzt, um billig Stimmen zu requirieren und Stimmung zu machen: „Es gibt Grenzen der Aufnahmefähigkeit, vor allem gibt es aber auch Grenzen der Akzeptanz in der Bevölkerung“, verkündet Wegner erneut an die falsche Adresse.

„Die Berlinerinnen und Berliner erwarten aber auch zu Recht, dass diejenigen, die unseres Schutzes nicht bedürfen, unsere Stadt und unser Land wieder verlassen.“ Er suggeriert damit wider besseres Wissen, dass Abschiebungen das Problem lösen könnte. Die Zahl derer, die abgeschoben werden können und abgeschoben werden, ist, gemessen an den täglich bei uns eintreffenden Flüchtlingen äußerst gering.

Ich weiß nicht, ob ein Generalsekretär seine Erklärungen mit dem Landesvorsitzenden abstimmen muss, oder auf eigene Rechnung handelt. So oder so spricht er für die CDU, und wenn das der Stil der Union ist, hat sie in dieser Koalition wirklich nichts mehr verloren.

Ist es nicht so, dass es im Berliner Senat klare Ressortzuständigkeiten gibt? Da gibt es den Sozialsenator, den Innensenator, die Integrationsministerin usw. Offensichtlich hat deren Arbeit bislang nicht dazu geführt, dass sich die Situation am Landesamt für Gesundheit und Soziales deutlich verbessert hat. Es gibt Fortschritte, aber immer noch Fotos von Flüchtlingen, die die Nacht dort verbringen. Bei aller Wertschätzung für den Einsatz, täglich hunderte von Flüchtlingen unterzubringen, gibt es immer noch Mängel bei der Registrierung.

Im Gegensatz zu den dümmlichen Kommentaren aus CDU-Kreisen, hat Michael Müller genau das gemacht, was er immer macht, nämlich selbst die Sache in die Hand zu nehmen. Sein Neun-Punkte-Programm, das er zur Verbesserung der Situation gestern vorstellte, ist ambitioniert und hat für ihn den Nachteil, dass, sollten diese Punkte nicht zeitnah umgesetzt werden können, es auf ihn und nicht auf seine Ressortchefs zurückfällt. Eine Ruckrede zu halten, der kein Ruck folgt, ist gefährlich. Müller riskiert viel, sein Handeln ist angesichts der Situation aber alternativlos. Mit der Benennung eines Staatssekretärs für Flüchtlingsfragen hat Müller nicht mehr gemacht als die Bundeskanzlerin, denn auch auf Bundesebene läuft nicht alles rund. Merkel hat mit ihren Leuten offenbar das gleiche Problem wie Müller mit seinen.

Der Berliner CDU kann ich nur raten, sich abzuregen und dafür zu sorgen, dass ihre Senatoren anwesend und nicht ständig auf Reisen sind und vor allem ihren Job ordentlich machen. Das gilt natürlich auch für die Senatoren der SPD. Die Flüchtlingssituation wird zur Schicksalsfrage, für Merkel und für Müller. Im Gegensatz zu Müller kann Merkel allerdings einiges dafür tun, dass die Zahl der neu ankommenden Flüchtlinge sinkt. Der Druck auf die anderen europäischen Staaten, sich auch an dem Problem zu beteiligen, ist noch nicht groß genug.

Die Große Koalition in Berlin wird nicht zerbrechen. Sie wird sich bis zum 18. September 2016 durchhangeln. Ob der CDU das populistische Geschwätz ihres Generalsekretärs letztlich nutzt, wage ich zu bezweifeln. Diejenigen, die für einfache, aber unrealistische Lösungen sind, wählen ohnehin AfD. Die CDU sollte sich nicht in Wettbewerb zu diesen Leuten begeben.

Ed Koch